

Nomok@non

WEB-JOURNAL

FÜR RECHT

UND RELIGION

FACHARTIKEL

**DER AUSBAU DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KIRCHEN UND
EUROPÄISCHER UNION: EIN LABORATORIUM FÜR DIE ZUKUNFT**

Kommentar

VON: MICHAEL KUHN

ISSN 2749-2826, DOI [10.5282/nomokanon/343](https://doi.org/10.5282/nomokanon/343)

veröffentlicht am 14.04.2026

DER AUSBAU DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KIRCHEN UND EUROPÄISCHER UNION: EIN LABORATORIUM FÜR DIE ZUKUNFT

Kommentar*

MICHAEL KUHN

Zusammenfassung: Dieser Beitrag liest den Text von Noel Treanor vor dem Hintergrund des von Jacques Delors (Präsident der Europäischen Kommission von 1986-1995) geäußerten Desiderats, einen zivilgesellschaftlichen Dialog über die Ziele und die Zukunft der Europäischen Union zu führen und ihr damit eine Seele zu geben. Dazu hat die 1980 gegründete COMECE, sicher in der ersten Jahrzehnten ihres Bestehens, intensiv beigetragen. Im zweiten Teil stellt sich der Autor die Frage, ob die von Treanor erhoffte Verankerung der über die Jahre gewachsenen Beziehung zwischen den Kirchen und der europäischen Union, die im Vertrag von Lissabon mit dem Art. 17 VAEU erreicht wurde, diese Beziehung zwar formalisiert, gleichzeitig aber ihrer von Delors so sehr gewünschten Dynamik beraubt hat.

Summary: This article examines Noel Treanor's text against the background of Jacques Delors' (President of the European Commission from 1986 to 1995) call for a civil society dialogue on the objectives and future of the European Union, thereby giving it a soul. COMECE, founded in 1980, certainly made a significant contribution to this process during the first decades of its existence. In the second part, the author asks whether the establishment of the relationship between the churches and the European Union – which had developed over the years and was enshrined in Article 17 TFEU of the Treaty of Lisbon, as Treanor had hoped – has, whilst formalising this relationship, simultaneously drained it of the dynamism so fervently desired by Delors.

In memoriam

Von 1991 - 2008 war Mgr. Noel Treanor, Ire, katholischer Geistlicher, Bischof von Down and Connor (2008 - 2022) und Apostolischer Nuntius bei der Europäischen Union (2022 - 2024) Generalsekretär der COMECE (der Kommission der Bischofskonferenzen der EU) in Brüssel. Völlig unerwartet ist er am 11. August 2024 in Brüssel durch einen Herzanfall gestorben. Seinem Andenken ist dieser Kurzkommentar in großer Dankbarkeit gewidmet.

Michael Kuhn, Brüssel, Februar 2026

* Der Kommentar wurde zusammen mit einem zugehörigen Artikel von Noël Treanor (eigenes Dokument) veröffentlicht. Der Artikel ist ein von Noël Treanor für das Zentrum für Integrationsforschung in Bonn erstellter Vortragstext vom 22.01.2000, der hier erstmals veröffentlicht wird. Der Verfasser, der damals Generalsekretär der COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der EU, war, gibt aus seiner unmittelbaren Erfahrung einen Einblick in den Stand der Beziehungen zwischen Kirchen und EU. Der Kommentator Michael Kuhn, war von 1997 bis 2023 Leiter des Brüsseler Büros der Österreichischen Bischofskonferenz und in dieser Zeit auch 6 Jahre Policy Adviser der COMECE, 9 Jahre Stv. Generalsekretär der COMECE und 5 Jahre Senior Adviser der COMECE. Als enger Kooperationspartner von Noël Treanor kommentiert er dessen Text, schildert die bisherige Entwicklung und eröffnet Zukunftsperspektiven.

In den Jahren von 1992 bis 2007, in der Zeit, in der Mgr. Noel Treanor Generalsekretär der COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der EU war, fanden große Veränderungen und Weiterentwicklungen im europäischen Integrationsprozess statt. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) wurde aus den hauptsächlich wirtschaftlich ausgerichteten Europäischen Gemeinschaften der Einheitlichen Akte (1986) eine politische Europäische Union. Als Folge des Falls des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer im Sommer und Herbst 1989 begann der Prozess der Erweiterung der Europäischen Union mit jenen Ländern Mittel- und Osteuropas, die bis dahin zum kommunistischen Einflussbereich der Sowjetunion gehört hatten. Diese Erweiterung der EU bedurfte aber auch einer Vertiefung der Union, einer Fortschreibung und Präzisierung der Europäischen Verträge, um eine in ihrem Umfang fast verdoppelte EU handlungsfähig und regierbar zu machen. In Regierungskonferenzen und in Konventen wurden der Vertrag von Amsterdam (1996), der Vertrag von Nizza und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000) sowie der Verfassungsvertrag (2003) ausgearbeitet und abgestimmt. Durch die beiden Referenden in Frankreich und in den Niederlanden, die die Ratifizierung des Vertrags durch ihr Land ablehnten, musste der vorliegende Vertragsentwurf überarbeitet und schließlich als Vertrag von Lissabon (2007) angenommen werden. Mit seinem Inkrafttreten im Jahr 2010 waren fast zwei Jahrzehnte der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses bis auf Weiteres abgeschlossen. Die Erweiterungsrunden von 1995, 2004 und 2007 erhöhten die Zahl der Mitgliedsstaaten der Union von 12 auf 27 - mehr als eine Verdoppelung.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und den Möglichkeiten, die eine Fortschreibung und Erweiterung des bestehenden europäischen Vertragswerkes boten, beschäftigte sich Noel Treanor immer wieder mit der Frage, wie die bisherige de-facto bestehende und funktionierende Beziehung zwischen den Institutionen der EU und den Kirchen formalisiert werden könnte, bevorzugt durch ihre Verankerung im Primärrecht der Europäischen Union. In einer Reihe von (unveröffentlichten) Vorträgen und Artikeln in den Jahren 1998-2003 setzte er sich mit diesen Fragen intensiver auseinander, ausgehend von der These, dass die bisherige Situation nicht unproduktiv sei, aber bestenfalls ein Laboratorium, eine „Versuchsaufstellung“ darstelle für eine zukünftig geordnete und vertraglich abgesicherte Beziehung zwischen der Union und den Kirchen (und Religionsgemeinschaften). Der obige Artikel ist das Ergebnis eines solchen Vortrags, der bis dato noch nicht veröffentlicht wurde. In drei Teilen stellt er die Entwicklung dieser Beziehung zwischen Kirchen und den Institutionen der EU dar, schildert die verschiedenen Instrumente der (Zusammen-)Arbeit der beiden Akteure und formuliert am Schluss einige Desiderate und reflektiert Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung der Beziehungen. Der Text ist ein interessantes Zeitdokument, das den Stand der Diskussion vor 25 Jahren nicht nur gut zusammenfasst und wiedergibt, sondern auch Perspektiven für die rechtliche Absicherung einer gedeihlichen Kooperation von Kirchen und Europäischen Institutionen nach dem Jahr 2000 entwirft, aber die weiteren Entwicklungen der Gesellschaft, der Kirchen und der politischen Kultur natürlich nicht vorwegnehmen kann.

Daher wollen wir neben dem Kommentar die Entwicklungsschritte seit der Fertigstellung des Textes im Januar 2000 skizzieren. Da ich selbst seit April 2023 im Ruhestand bin und daher die Details der Entwicklungen seit diesem Zeitpunkt nicht mehr wirklich verfolgen kann, beschränke ich mich auf den Zeitraum 2000-2023. Zum Schluss möchte ich die Frage stellen, ob die vertragliche Absicherung der Beziehungen zwischen der EU und den Kirchen wirklich auch zu einer echten Vertiefung des Dialogs zwischen den Kirchen und der EU geführt hat.

Der europäische Integrationsprozess, der nach dem Ende des 2. Weltkriegs entstand und durch die Rede von Robert Schuman am 8. Mai 1950 einen Rahmen erhielt, wurde von Beginn an vom Heiligen Stuhl wohlwollend beobachtet und unterstützt, umso mehr, als wichtige Akteure Katholiken und Protestanten waren, die ihre Inspiration entweder aus der katholischen Soziallehre oder aus dem christlichen sozialen Denken schöpften.

Sehr bald aber entstand die Frage, wie die Kirchen, über ein allgemeines Wohlwollen hinaus, angemessen auf den Prozess der europäischen Integration reagieren könnten, der mit der Gründung der drei europäischen Gemeinschaften durch den Vertrag von Rom im Jahr 1957 eine konkrete politische Form bekam. Treanor schildert in seinem Beitrag die «vorsichtige Annäherung» an das neue politische Gebilde durch die Gründung von kirchlichen Informationsbüros, etwa die OCIPE (L'Office Catholique d'information sur les problèmes Européens; Büro der Jesuiten in Brüssel und Straßburg) oder die SIPECA (Service d'information Pastorales Européenne Catholique), ein pastoraler Informationsdienst zu europäischen Fragen.

Mit zunehmender Konsolidierung und der Erweiterung der Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften, vor allem der EWG, wird die Notwendigkeit einer wirklichen «Präsenz vor Ort» deutlich: es entstehen Verbindungs- und Vertretungsbüros.

Am 1. März 1980 wird die COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der EG) mit deutlich umschriebenen Aufgaben gegründet: Informationen sammeln, sie analysieren, das Gespräch suchen und den Prozess der Integration begleiten („advocacy“).

Der Begriff „Advocacy“ drückt „vornehm verhüllend“ das aus, was auch (wenn auch nicht ausschließlich) das eigentliche Ziel war: durch intensive Kontakte mit Entscheidungsträgern zu verhindern, dass europäische Regelsetzungen zu sehr in die in den einzelnen Mitgliedsstaaten bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen zugunsten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, etwa im Bereich des Arbeitsrechts, eingreifen oder diese mit eigenen Gesetzen und Regelungen unterlaufen. Außerhalb der Kirche nennt man das „Lobbyarbeit“. Damit soll nicht verschwiegen werden, dass ein weitaus größerer Teil der Arbeit der kirchlichen Büros nicht der Verteidigung von kirchlichen Eigeninteressen galt (und gilt), sondern der Förderung des umfassenden Gemeinwohls, wie es in der Katholischen Soziallehre entwickelt wurde. Hinzu kommt, dass sich das 2. Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ (1965) zur „Autonomie der Sachbereiche“ bekannt hat (Art. 36), und dabei ausdrücklich den Bereich der Politik mit einbezogen hatte.

Nach den Jahren des „Aneinandergewöhnens“ und des vorsichtigen Ausprobierens des Verhältnisses Kirchen – Europäische Gemeinschaften entstand eine neue Dynamik durch den französischen sozialistischen Politiker und Katholiken Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission von 1985-1994.

Mit der energischen Ausgestaltung des „Einheitlichen Marktes“ und der Zusammenfassung des europäischen Vertragswerkes in der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (1986) beendete er die Jahre der „Euro-Sklerose“ (1974 - 1984), die den europäischen Integrationsprozess lähmten.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass das Europäische Projekt der Gründergeneration (das immer mit den Namen Schuman, Adenauer, De Gasperi verbunden ist, denen aber auch andere Namen hinzuzufügen wären wie Bech, Beijen, Kohnstamm, Monnet, Spaak u.a.) mehr war als die ausschließliche Errichtung eines großen Wirtschaftsraums: das politische Projekt eines geeinten Europas, das nicht mehr nur eine Angelegenheit und Aufgabe von Fachleuten, von Politikern und

Beamten sein konnte, sondern zum Anliegen und zur Sache aller Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union gemacht werden musste. Damit kamen aber auch die „organisierte Zivilgesellschaft“ und die Kirchen und Religionsgemeinschaften in den Blick (sowie die in einigen Mitgliedsstaaten organisierten anerkannten „Überzeugungsgemeinschaften“ wie Humanisten und Freimaurerei).

In verschiedenen Grundsatzreden der Jahre 1990-1993 brachte Delors sein Anliegen, die (organisierte) Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung eines „Zukunftsprojekts Europa“ mit einzubeziehen auf den Punkt:

„... Believe me, we will not succeed with Europe solely on the basis of legal expertise or economic know-how. It is impossible to put the potential of Maastricht into practice without a breath of air.

If in the next ten years we have not managed to give a soul to Europe, to give a spirituality and meaning, the game will be up. ...

This is why I want to revive the intellectual and spiritual debate on Europe. I invite the Churches to participate actively in it. We do not want to control it; it is a democratic discussion, not to be monopolised by technocrats.

I would like to create a meeting place, a space for free discussion open to men and women of spirituality, to believers and non-believers, scientists and artists. We are working on the idea already. We must find a way of involving the Churches.“

Delors belie es nicht bei Worten: mit der Gründung der „Forward Studies Unit“ (Cellule des prospectives) richtete er eine Diskussionsplattform, eine Anlaufstelle, ein „interface“ für den Kontakt und Austausch zwischen der Europäischen Kommission und der organisierten Zivilgesellschaft, und damit auch den Kirchen und Religionsgemeinschaften, ein. Diese FSU wurde von Jérôme Vignon (ebenfalls ein Katholik) geleitet, den Delors als Mitarbeiter aus Paris nach Brüssel mitgebracht hatte. Für den Kontakt mit den Kirchen wurde der Belgier Marc Luyckx (Mathematiker, Philosoph, Theologe und ehem. kath. Priester) zuständig.

In seinem Beitrag beschreibt Treanor die damit verbundenen Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission: Gemeinsame Dialogseminare, Kolloquien, Konsultationen, Treffen von hochrangigen Beamten mit Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die einen profunden inhaltlichen Beitrag zur Debatte über die Ausgestaltung der Europäischen Union in den verschiedenen Themenbereichen (Armut und die soziale Frage; gerechte Ausgestaltung des Finanzmarktes im Rahmen der Einführung des EURO; die Beziehungen zu Afrika und zu Lateinamerika; Entwicklungspolitik; ethische Fragen im Zusammenhang mit Forschung und Medizin; Landwirtschaft etc.) leisten und durch diese Zusammenarbeit auch das gegenseitige Vertrauen stärken können. Auf der Ebene der Europäischen Parlaments besteht, im Gegensatz zur Europäischen Kommission, keine strukturierte Beziehung. Obwohl der Zugang zum Parlament einfach ist, bleiben die Kontakte auf interessierte Mitglieder des Parlaments und ihre Mitarbeiter beschränkt, während die Kontakte mit dem Rat durch hochkarätige Treffen (mit dem jeweiligen Premierminister, Außen- oder Europaminister) im Rahmen des halbjährlich rotierenden Vorsitzes im Ministerrat verstärkt werden und langsam eine Tradition und Struktur dieser Treffen entsteht (die weiterhin existiert).

Noel Treanor zieht daraus die Schlussfolgerung, dass die Kirchen durch dieses Engagement als „Akteure der Zivilgesellschaft“ und als „Quelle ethischer und spiritueller Orientierung“

wahrgenommen werden. Um den Dialog mit ihnen zu ermöglichen und zu fördern wurden entsprechende Strukturen eingerichtet. Der konstruktive Beitrag der Kirchen zur Debatte über die Ausgestaltung Europas wird geschätzt und auch praktisch unterstützt, etwa durch die gemeinsame Organisation von Besuchen kirchlicher Organisationen bei den Institutionen der EU. Schließlich werden kirchliche Organisationen im Bereich der Sozial- und der Entwicklungspolitik als wichtige, professionelle und effiziente Akteure wahrgenommen, denen teilweise die Ausführung von EU-Programmen in diesen Bereichen anvertraut wird.

Er schließt mit den folgenden Bemerkungen ab: De facto bestehen die Beziehungen zwischen den Kirchen und der EU. Es gibt embryonale Strukturen zur Förderung des Austauschs. Eine automatische oder formelle Konsultation der Kirchen zu politischen Entwürfen, die ihre wesentlichen Interessen berühren, ist nicht vorgesehen. In dieser Situation hängt eine wirksame Beobachtung der EU-Politik durch die Kirchen von persönlichen Kontakten, Netzwerken und dem guten Willen der EU-Mitarbeiter ab. Auch wenn das alles positiv zu bewerten ist, es stellt dennoch keine feste Grundlage dar.

Als deutlich wurde, dass es mit Blick auf die in Angriff genommene Erweiterung der Europäischen Union notwendig sein würde den Maastrichtvertrag weiterzuschreiben“ und zu ergänzen, sahen die Kirchen darin eine Möglichkeit, den lange gehegten Wunsch zu verwirklichen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften im Primärrecht der EU zu verankern. Dazu bedurfte es einerseits einer ökumenischen Einigung auf die Formulierung eines entsprechenden Textvorschlags und andererseits der Unterstützung von Vertretern der Mitgliedsstaaten in der Regierungskonferenz. Das Ergebnis all dieser Überlegungen und Verhandlungen war die Erklärung 11 in der Beilage des Vertrags von Amsterdam. Sie ist eine „Schutzklausel“: in ihr wird der Status-quo der Beziehung zwischen Staat und Kirche in den einzelnen Mitgliedsstaaten festgeschrieben, den unangetastet zu lassen und nicht zu unterlaufen die EU sich verpflichtet. Eine Formalisierung der Beziehung zwischen Kirchen und EU bzw. ihre Verankerung im Primärrecht blieb weiterhin Desiderat.

Wie es weiterging

In den zehn Jahren nach dem Vertrag von Amsterdam, die vom Artikel Treanors nicht erfasst sind, sollte sich noch mehrmals die Gelegenheit ergeben, an der Erfüllung dieses Wunsches zu arbeiten – was, schrittweise, auch gelang. Ein 1998 aus Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammengesetzter Konvent arbeitete eine „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ aus, die im Rahmen der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza (2000) ebenfalls unterzeichnet wurde. Im Vorfeld wurden heftige (und bisweilen polemische) Diskussionen über die Erwähnung des christlichen Erbes Europas in der Präambel der Charta geführt, die sich letztlich mit einem Hinweis auf das „spirituelle/geistliche Erbe“ Europas begnügen musste. Allerdings enthält die Charta in verschiedenen Artikeln von der Öffentlichkeit nur wenig beachtete, aber wesentliche Hinweise auf Religion: der Schutz der Würde des Menschen (Art. 1); das Recht auf Leben (Art. 2); das Recht der menschlichen Person auf Schutz ihrer Integrität (Art. 3); die Religionsfreiheit (Art. 10); das Recht der Eltern, ihre Kinder gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu erziehen (Art. 14), das Verbot der Diskriminierung wegen Religionszugehörigkeit (Art. 21), die Achtung der Vielfalt von Kulturen, Religionen und Sprachen (Art. 22).

Der COMECE war im Zug der Diskussion über die Grundrechtecharta immer wieder vorgeworfen worden, sich nicht ausreichend für die Erwähnung des christlichen Erbes in der Präambel einzusetzen. Das ist insoweit unrichtig, als in allen Beiträgen und Stellungnahmen der COMECE zum Entwurf der Grundrechtecharta der Hinweis auf dieses Erbe immer zu finden ist. Allerdings galt die Aufmerksamkeit und Arbeit der Kirchen zuerst und vor allem den Inhalten der Charta: erst wenn gesichert ist, dass im konkreten Inhalt der Charta dieses Erbe sichtbar wird, würde die „Flagge des christlichen Erbes in der Präambel die Ladung decken“.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza wurde deutlich, wie zerstückelt das Europäische Vertragswerk eigentlich war. So entstand das Vorhaben, die bestehenden Verträge in einem umfassenden Vertrag zusammenzuführen und dazu wiederum einen Konvent einzusetzen, der unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard-d'Estaing in den Jahren 2001-2003 zusammentrat. Er arbeitete einen Vertragsentwurf aus, der den etwas irreführenden Titel „Verfassungsvertrag“ erhielt, wohl auch deshalb, weil er Artikel enthielt, die Symbole definierten, die klassischerweise Nationalstaaten vorbehalten sind: Flagge, Wappen, Hymne und Motto. Es mag das mit der Grund gewesen sein, dass dem unterzeichneten Vertrag in zwei Mitgliedsstaaten, Frankreich und den Niederlanden, durch Referenda die Ratifizierung verweigert wurde und er damit nicht in Kraft treten konnte.

Was den Kirchen allerdings durch konstruktive und konsequente Zusammenarbeit und ein gemeinsames Auftreten gegenüber den Mitgliedern des Konvents gelang, war die langersehnte Aufnahme der Kirchen und Religionsgemeinschaften in des Primärrecht der Europäischen Union durch den Art. 52 des Vertragsentwurfes. Er stellt eine Weiterschreibung der beiden Absätze der Erklärung 11 des Annex des Vertrags von Amsterdam dar. Darin heißt es:

„(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.

(2) Die Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen.“

In Art. 52 des Verfassungsvertrags wurde ein dritter Absatz hinzugefügt:

„(3) Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.“

Selbst wenn sofort eine heiße Diskussion darüber losbrach, was denn unter einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ zu verstehen sei und ob diese Formulierung nicht zu unbestimmt sei und vielerlei Interpretationen zuließe, Faktum war, dass dieser seit Jahren „de-facto“ geführte Dialog nun im Vertrag festgeschrieben war. Die Konkretisierung war nun Sache des Dialogs zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Institutionen der Europäischen Union und Europarechtsexperten.

Um den Vertrag letztlich doch in Kraft treten zu lassen, fand zwischen 2004 und 2007 eine weitere Regierungskonferenz statt, die den Vertragsentwurf in großen Teilen unangetastet ließ, allerdings die „anstoßerregenden Teile“ - die Symbole der Europäischen Union - daraus entfernte. Die Angst der Kirchen, während der neuen Verhandlungen Art. 52 wieder zu verlieren, war unbegründet. Als Art. 17 wurde er in den zweiten Teils des Vertrags - den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union - „verschoben“, blieb aber unverändert und Bestandteil

des Primärrechts. Im Dezember 2007 wurde der Entwurf als „Vertrag von Lissabon“ unterzeichnet und nach der Ratifizierung der 27 Mitgliedsstaaten im Jahr 2009 in Kraft gesetzt.

Mit dem In-Kraft-Treten des Lissabonvertrags waren die „Jahre der Vertiefung der EU“ zunächst einmal abgeschlossen. Nun kam es darauf an, den im Vertrag festgeschriebenen Dialog mit Leben zu füllen.

„Formalisierte Dialogformen“

Mit der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags 2003 begann die Debatte darüber, was denn die Worte „offen, transparent und regelmäßig“ bedeuten und wie ein solcher Dialog konkret Form annehmen könnte. Ist er eine „formalisierte Fortschreibung“ des status-quo, jenes informellen, wenn auch durchaus gelungenen Austauschs zwischen den Kirchen und der EU? Ist darunter der Wunsch der Kirche in Deutschland und in Österreich nach einem in ihren Ländern üblichen Konsultationsprozess bei der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben zu verstehen, in den die Kirchen automatisch mit eingebunden sind? Bedeutet er monatliche, viertel- halb- oder jährliche Treffen von Vertretern der Kirchen und der Institutionen der EU, von „Hochrangigen Treffen“ bis zum Austausch auf Mitarbeiterebene: was bedeutet die Zeitangabe „regelmäßig“?

Rückblickend kann man festhalten: es war von allem etwas. Bestehende Formate wie die gemeinsam von den Kirchen und der Europäischen Kommission verantworteten und vorbereiteten Dialogseminare wurden, wenn auch in veränderter Form, fortgesetzt. Zu bestimmten Themen wurde von der Kommission zu Informationstreffen und Konsultationen eingeladen. Mit der Öffnung der nunmehr schriftlichen Konsultationen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für alle im EU-Transparenzregister eingetragenen Organisationen und Personen fielen die kirchenspezifischen Konsultationen weg. Durch die Transparenzregeln wurde es zunehmend schwieriger, offizielle Gespräche mit Vertretern der Kommission zu führen bzw. sie für Veranstaltungen der Kirchen zu EU-Themen zu gewinnen. Was davor noch im Rahmen informeller Gespräche stattfinden konnte, wurde zunehmend in einen reglementierten Rahmen gepresst (und damit in gewisser Weise auch schwieriger).

Die Formalisierung dieses Dialogs zeigt sich vor allem auf organisatorischer Ebene. Nachdem Romano Prodi als Kommissionspräsident (1999-2004) die FSU aufgehoben und durch das „Bureau of European Political Advisers“ (BEPA) ersetzt hatte, das direkt an sein Kabinett angebunden war (was zugleich bedeutete, dass der Kontakt mit den Kirchen „Chefsache“ blieb), behielt sein Nachfolger José Manuel Barroso diese Struktur und Arbeitsweise bei und benannte die BEPA in GOPA (Group of Policy Advisers) um. In seinem Kabinett war ein Mitarbeiter/-in für den Dialog mit den Kirchen zuständig, der relativ einfach für die Kirchen und Religionsgemeinschaften ansprechbar war. Außerdem führte er sogenannte «High Level Meetings» ein, Treffen, bei denen die Präsidenten der drei EU-Institutionen Rat, Parlament und Kommission mit Spitzenvertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu einem bestimmten Thema einmal im Jahr zusammenkamen. Auch diese Treffen waren höchst formal organisiert: Begrüßungsfoto, Statements von allen Vertretern, ein Austausch, Gruppenfoto, Pressekonferenz und ein gemeinsames Mittagessen. Zu besonderen Anlässen gab es Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten und hochrangigen Vertretern einzelner Kirchen. Unter Präsident Juncker wurde die GOPA vom EPSC (European Policy Strategy Center) abgelöst, das allerdings nicht mehr an das Kabinett des Kommissionspräsidenten angebunden war. Die

Zuständigkeit für den Dialog mit den Kirchen wurde dem 1. Vizepräsidenten, dem Niederländer Frans Timmermans, übertragen. In den ersten Monaten der Kommission Juncker gab es ein Treffen der COMECE-Bischöfe mit Juncker und Timmermans – allerdings dürfte dieses Treffen eher der guten persönlichen Beziehung von Kardinal Marx, zu jenem Zeitpunkt Präsident der COMECE, und Präsident Juncker zu verdanken sein als der allgemeinen „Kirchen-Politik“ der Kommission Juncker. Obwohl: über die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft von Vizepräsident Frans Timmermans hatten die Kirchen wenig zu klagen.

Seit der Übernahme des Kommissionsvorsitzes durch Ursula von der Leyen hat sich das Verhältnis zwischen Kirchen und der EU-Kommission weiter formalisiert. Der Kontakt zu den Kirchen wird durch einen Kommissar, nicht notwendigerweise einer der Vizepräsidenten, wahrgenommen. Im Moment ist der aus Österreich stammende Kommissar Magnus Brunner dafür zuständig. Die Anlaufstelle für die Kirchen und Religionsgemeinschaften ist in einer Abteilung in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission untergebracht, die vom Franzosen Vincent Depaigne geleitet wird.

Rein formal könnte man das als eine stetige Abwertung des Dialogs durch die Europäische Kommission betrachten : von einer Angelegenheit, der sich der Präsident der Europäischen Kommission angenommen hatte, zu einem mit dem Dossier „Dialog mit den Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften“ betrauten Kommissar und einer Dienststelle in der GD Justiz.

Im Europäischen Parlament ist einer der Vizepräsidenten mit dem Dialog betraut, dem ein persönlicher Mitarbeiter für die praktische Organisation dieses Dialogs zur Seite steht. Außerdem ist eine Reihe von Abgeordneten unterschiedlichster politischen Gruppen offen für die Dialog und die Arbeit mit den Kirchen.

Rückblickend auf den Artikel von Noel Treanor aus dem Jahr 2000 können wir feststellen, dass der Wunsch, den Dialog zwischen den Kirchen und den Institutionen der Europäischen Union zu formalisieren und auf eine im Primärrecht verankerte vertragliche Grundlage zu stellen, in Erfüllung gegangen ist. Wer auf der Website der Europäischen Kommission nach dem Dialog sucht,¹ wird einige grundsätzliche Dokumente finden und unter dem Titel „News“ Bilder, Programme und Kurzzusammenfassungen von Veranstaltungen.

Trotzdem stelle ich mir die Frage, was denn inhaltlich mit dieser rechtlichen Formalisierung für die „europäische Sache“, wie sie Jacques Delors vor mehr als dreißig Jahren so leidenschaftlich als „(über-)lebensnotwendig für das europäische Projekt“ beschworen hatte, gewonnen wurde. Um ein kleines Beispiel zu geben (und damit deutlich zu machen, dass die Formalisierung der Beziehung nicht ausschließlich den Institutionen der EU sondern auch der zunehmenden Phantasielosigkeit der Kirchen anzulasten ist) das Folgende: unter Noel Treanor als Generalsekretär der COMECE verfügte das Sekretariat in der Rue Stevin neben den Büros über einen kleinen Salon und ein Speisezimmer im 1. Stock des Hauses. Regelmäßig wurden unterschiedlichste Vertreter der EU-Institutionen, bis hin zu Kommissaren, zum Mittagessen (COMECE leistete sich damals noch eine eigene Köchin) und zum informellen Austausch eingeladen. Oft war dabei der gesamte Stab der COMECE anwesend, um den Gast über die

¹ Siehe at: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/dialogue-churches-religious-associations-and-non-confessional-organisations_en%23::~:~:text=Documents,-,Open%2520and%2520regular%2520dialogue,non-confessional%2520organisations%2520to%2520society.

Arbeit der COMECE und sich selbst über neue Ideen und Vorhaben der Kommission zu informieren, mit ihm zu diskutieren und so die Grundlage für einen weiteren Austausch zu legen. Ebenso waren aber auch Wissenschaftler oder Künstler eingeladen, die auf so manche politische Frage eine neue und andersartige Perspektive eröffneten und damit dem Dialog kreativen Schwung und eine neue Dynamik verliehen. Die Art und Weise des Gesprächs und des Umgangs miteinander ähnelte mehr den „informellen, aber umso wirksameren diplomatischen Gepflogenheiten“ als den heute gängigen „amtlich formalisierten Arbeitskontakten“. Die Forderung nach „Transparenz“ (und den damit verbundenen bürokratischen Hürden für die Mitarbeiter der EU-Institutionen) erschweren diesen informellen, ungezwungenen Austausch.

Aber auch die Entwicklungen bei der COMECE trugen das Ihre dazu bei: Den Salon, die Küche und das Speisezimmer der COMECE gibt es nicht mehr. Sie wurden in den vergangenen Jahren abgeschafft – nicht nur aus Kostengründen, sondern auch, weil die meisten Nachfolger von Noel Treanor sie nicht mehr als „geeignete Instrumente des Dialogs zu bespielen und einzusetzen“ verstanden. Eigentlich schade: wir haben endlich die lange erhoffte rechtliche Form erhalten, aber unterwegs verlernt, sie richtig zu nutzen und den durch sie rechtlich abgesicherten Dialog in vollem Umfang – zum Wohl aller – zu führen.